

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13.50 frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr Mk. 13.50 und 90 Pfg. Postbefreiungsgeld.

Anzeigenpreis: die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 50 Pfg., auswärts 60 Pfg., Reklamezeilen 1.50 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Carl. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gaeß in Wildbad.

Nummer 137

Februar 179.

Wildbad, Donnerstag, den 17. Juni 1920.

Februar 179.

54. Jahrgang

Weitere Versuche zur Lösung der Regierungskrise.

Verhandlungen mit der Sozialdemokratie.

Wegen der Neubildung des Kabinetts trat sich der Zentrumsabgeordnete Trimborn zunächst mit den Unterhändlern der Sozialdemokratie, Müller und Löbe, in Verbindung und fragte sie, wie der „Vorwärts“ berichtet, ob sie einer nach rechts erweiterten Koalition beitreten könnten, wenn das Zentrum darin die Führung übernehme. Nach der Verneinung wandte er sich einer zweiten Möglichkeit zu: Fortführung der alten Koalition, die mit Einschluß der Bayerischen Volkspartei 243 Mandate umfassen würde. Löbe erwiderte, daß die soz. Fraktion auch hieran nicht teilnehmen könne. Müller fügte hinzu, daß eine von so geringer Mehrheit getragene Regierung nicht mit der nötigen Autorität nach Spaghen könne. Darauf brachte Trimborn eine dritte Möglichkeit zur Sprache: einen Block der Mitte, der aus Demokraten, Zentrum und Volkspartei bestehen würde. Zwar könne dieser nur 188 Abgeordnete aufweisen, aber vielleicht auf wohlwollende Neutralität der Nachbarparteien, besonders der Sozialdemokratie, rechnen. Die Sozialdemokratie, die doch auch die Herstellung eines regierungsfähigen Kabinetts wünsche, dürfe eine solche Bildung nicht schroff ablehnen, sondern müsse die Verbindung mit der Vergangenheit und der Zukunft aufrecht erhalten. Sie könne ja unter Umständen einen Radminister als Sicherheitswache im Kabinett zurücklassen. Ein allen genehmer Reichskanzler sei vielleicht in Fehrenbach zu gewinnen. Besonders hervortretende Vertreter des Großkapitals und des Adels würden in einem solchen Kabinett nicht enthalten sein. Da die sozialdemokratische Fraktion zu einer solchen Koalition noch nicht Stellung genommen hatte, mußten ihre Vertreter, wie der „Vorwärts“ weiter berichtet, ihre Stellungnahme bis nach erneuter Rücksprache mit ihren Auftraggebern verlagen. Müller hat aber im voraus versichert, daß eine solche Regierung von der soz. Fraktion nach ihren Taten beurteilt und jeder Versuch, eine auswärtige Politik nach dem Rezept der Deutschen Volkspartei zu treiben, aufs schärfste bekämpft werden müsse.

Der „Vorwärts“ überschreibt seinen Bericht: „Keine Aussicht auf Lösung“ und sagt: Auch der weiter abliegende Plan, die Koalition aller bürgerlichen Parteien noch einmal in Erwägung zu nehmen, wird kaum größere Aussicht auf Erfolg haben.

Die „Germania“ betrachtet es als gewiß, daß die Ablehnung der Mehrheitssozialisten gegenüber der alten Koalitionswahl keine grundsätzliche, sondern nur als eine vorübergehende zu betrachten ist. Das Parteiverhältnis im neuen Reichstag ist so, daß ohne Zuziehung einer Nachbarpartei zur Mitte keine dauerhafte Koalition zustande kommen kann. Darum muß man sagen, es ist eine überaus schwierige und undankbare Aufgabe, die Staatssekretär a. D. Trimborn aus den Händen des Reichspräsidenten entgegengenommen hat, indem er sich bereit erklärte, um seinerseits den Versuch einer Regierungsbildung zu machen. Der halbamtliche Bericht darüber bringt das auch mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck, indem er sagt, der Reichspräsident habe Herrn Trimborn unter Hinweis auf den Ernst der Lage um Übernahme der Kabinettsbildung ersucht. Es kann natürlich nicht unsere Aufgabe sein, die Wege, die dabei noch möglich sind, zu eröffnen. Die Verhandlungen sind zur Stunde in vollem Gange, und diesen wollen wir nicht vorgreifen. Es muß doch schließlich eine Regierung zustande gebracht werden, und Trimborns Aufgabe möchten wir nicht zuletzt darin erblicken, dieser Überzeugung vor einer ausreichenden Zahl von Parteiführern zum Durchbruch und zur praktischen Auswirkung zu verhelfen.

Heinze und Trimborn.

Die Deutsche Volkspartei hat Dr. Heinze Stellungnahme zur Regierungsbildung gebilligt. Er machte dabei Mitteilung von der kurzen Unterredung, die er mit Trimborn gehabt hat. Die Fraktion ermächtigte ihn zu weiteren Verhandlungen mit dem Zentrumsvorsitzenden unter Vinzaghiung einiger hervorragender Mitglieder der Deutschen Volkspartei.

Die Haltung der Deutschnationalen.

Am Montag nachmittag tagte im Reichstag die deutschnationale Fraktion, die Dr. Pelzner zum Vorsitzenden

den ernannt haben soll. Es wurden alle Möglichkeiten durchgesprochen, die die Fraktion veranlassen könnten, Stellung zu nehmen. Der Standpunkt der Fraktion ist unverändert. Sie ist zur Mitarbeit bereit, da sie den Standpunkt vertritt, daß unsere gegenwärtige außen- und innenpolitische Lage eine starke Regierung erfordert. Trimborn ist bis jetzt noch nicht an sie herangetreten.

Die Regierungskrise noch ungelöst.

Erklärung der demokratischen Partei.

Nach der Besprechung mit Dr. Trimborn begab sich Dr. Petersen zum Reichspräsidenten Ebert, um ihm in einer längeren Unterredung das Regierungsprogramm der Demokraten zu erläutern, und ihn über die Verhandlungen mit Dr. Trimborn zu unterrichten. Abends fand beim preussischen Verkehrsminister Dejer eine Konferenz sämtlicher demokratischer Minister, soweit sie in Berlin anwesend sind, statt, um die gegenwärtige Lage zu besprechen.

Die Bedingungen der demokratischen Partei zur Beteiligung an der Regierung sind: „Vorbehaltlose, unbedingte Anerkennung der Weimarer Verfassung, Ablehnung und Bekämpfung jeder monarchistischen Werbung, Bekämpfung jedes Versuches einer Klassenherrschaft oder Schaffung von Vorrechten für eine Klasse, eine Politik der Versöhnung und des Ausgleichs auf politischem, sozialem und kulturellem Gebiet, Ablehnung jedes Klassen- und Rassenhasses, auch des Antisemitismus, Besehung der Ämter ohne parteipolitische Rücksicht mit Personen, die in Wort und Tat sich auf den Boden der Verfassung stellen und gewillt sind, in ihrer amtlichen Tätigkeit die Regierung rückhaltlos zu unterstützen, die aber gleichzeitig nach ihrer Art und Vorbildung das Amt ausfüllen geeignet sind.“

Anerbieten der Deutschnationalen.

Die Lage hat sich, wie der „Lokalanzeiger“ schreibt, gestern durch die Fühlungnahme zwischen den Parteiführern etwas geklärt, wenngleich noch nicht voraussehen ist, wie sich die neue Regierung gestalten wird. Eine Koalition aus allen bürgerlichen Parteien hat nicht mehr viel Wahrscheinlichkeit. Daß Trimborn sie auch nicht beabsichtigt hatte, geht daraus hervor, daß seine Besprechungen mit den deutschnationalen Führern Dergt und Schulz nur ausflüchtigen Charakter hatte. Die Deutschnationalen gaben dabei ihrer Bereitwilligkeit zur Mitarbeit deutlich Ausdruck.

Zu der Erklärung Dr. Petersens wird dem „Lokalanzeiger“ von angeblich hervorragender volksparteilicher Seite mitgeteilt, daß das, was Dr. Petersen ausführte, von der Deutschen Volkspartei schon zu Beginn der Krise gefordert wurde. Wenn man die Erklärung lese, habe man die Empfindung, daß auf die Reichskanzlerschaft Schiffer's hingearbeitet werde. Die Deutsche Volkspartei könne unter keinen Umständen dulden, daß die kleinste Partei im Reichstag den Kanzler stelle. Ueber die Kanzlerschaft eines Zentrumsmannes lasse sich reden. Das Zentrum sei die stärkste bürgerliche Partei, stehe in der Mitte und habe ein Recht, für sich die Kanzlerschaft in Anspruch zu nehmen. Mit der Person Fehrenbach sei die Deutsche Volkspartei einverstanden.

Wie das „Berl. Tageblatt“ von gut unterrichteter Seite hört, ist man in den Kreisen der Fraktion der Deutschen Volkspartei überzeugt, daß die programmatische Erklärung der Deutsch demokratischen Partei in der Tat eine annehmbare Grundlage für eine Regierung bilden kann. Die Deutsche Volkspartei wird von ihrem monarchistischen Standpunkt nicht abgehen wollen, aber voraussichtlich erklären, daß sie es als keinen unbedingten Widerspruch zu ihrem Bekenntnis über die Weimarer Verfassung sehe und sie werde zur Begründung dieser ihrer Haltung, die vor allen Dingen Gefühlsregungen entspricht, u. a. auf den Republikaner Scheidemann hinweisen, der trotz seiner sozialistischen Grundanschauung sich im Herbst 1918 nicht geweigert habe, unter Wilhelm II. in das Kabinett einzutreten. Im übrigen würde die Deutsche Volkspartei lieber sehen, wenn das Zentrum statt der Demokratischen Partei die Kabinettsbildung übernehmen würde. Die Deutsch demokratische Partei selbst hat keine Neigung, die Kabinettsbildung zu übernehmen.

Stimmen der Berliner Presse.

Zu der Erklärung des Vorsitzenden der Deutsch demokratischen Partei, in der die Bereitschaft der letzteren erklärt wird, an der Bildung eines Kabinetts teilzunehmen ohne vorherige Bildung einer Parteikoalition sagt der „Vorwärts“: Die Erklärung ist nicht ablehnend, aber ausweichend. Die Frage der Regierungsbildung ist durch sie nicht viel weiter gekommen. Man hofft vom heutigen Tag eine Klärung.

Die „Vossische Zeitung“ meint, daß der Erklärung ohne Zweifel die weitesten Kreise zustimmen würden. Sie stelle sich auf den einzigen richtigen Standpunkt, daß es Sache des vom Reichspräsidenten berufenen Reichskanzlers sein müsse, auf Grund eines sachlichen Programms sich die geeigneten Mitarbeiter zu suchen. Die selbstverständliche Voraussetzung sei das Bekenntnis zur Verfassungsgrundlage des Staatswesens und zu einer Politik des Aufbaues und der Versöhnung.

Dem „Berl. Lokalanzeiger“ zufolge hat sich die Lage etwas geklärt.

Die Aussprache des Zentrums, die gestern vormittag stattfand, wurde der „Germania“ zufolge noch nicht beendet. Sie soll heute nachmittags fortgesetzt werden. Das Zentrumsblatt meint, alles sei noch vollkommen in der Schwebe. Auch die Deutsche Volkspartei hätte den Versuch machen können, dem sich Trimborn unterziehe, eine Regierung ohne Sozialdemokraten zustande zu bringen. Man müsse sogar sagen, sie wäre die nächste dazu gewesen. Nur das Zentrum mache von dem Parteigoismus der Stunde wieder eine rühmliche Ausnahme. Es mühe sich eheulich ab, dem Vaterland die unbedingt erforderliche Regierung zu geben. Trimborn bemühe sich darüber hinaus, wenigstens eine durch Duldsamkeit haltbare Regierung zustande zu bringen, erfülle also eine Pflicht, die in erster Linie der siegreichen Opposition der Rechten hätte auferlegt werden müssen.

Das Korrespondenzblatt des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes äußert sich zur Kabinettskrise: Wird eine Koalition der Linken durch die Enthaltung der Unabhängigen unmöglich, dann ist die Aufrechterhaltung der bisherigen Koalition der Sozialdemokraten und des Zentrums die beste Lösung der Krise. Sollen wir der Reaktion in den Steigbügel helfen? Die Sozialdemokraten werden sich hoffentlich auch über den Wahlkampf hinaus die volle Verantwortung bewahrt haben, die dazu nicht die Hand bieten. Sie kann diese Verantwortung nicht auf andere abwälzen und sich hinter die Unverantwortlichkeit anderer verstecken. Wenn die Republik in ihrer Sicherheit bedroht ist, so muß sie als die stärkste Partei in die Presse treten, nicht um der Partei, sondern um des Volks und des Vaterlands willen.

Neues vom Tage.

Tagung der deutschen Gastwirte.

Frankfurt, 16. Juni. Der 45. deutsche Gastwirtetag wurde gestern hier im Palmengarten eröffnet. Der Verband zählt jetzt 51 310 Mitglieder. Die nächste Tagung wird 1921 in Hamburg stattfinden.

112 Sozialdemokraten.

Berlin, 15. Juni. Es sieht nunmehr fest, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion aus 112 Mitgliedern besteht. Auch der Genosse Koch, der bisher als durchgefallen galt, ist in Hessen-Rassau gewählt.

Gegen Ausartungen in der Reichswehr.

Berlin, 15. Juni. Der Reichspräsident hat auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung, der ihm bis zum Erlaß von Reichsgesetzen freie Hand hinsichtlich der Maßnahmen gegen die Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung gibt, eine sehr scharfe Verordnung erlassen. Sie bezweckt die Sicherung der Reichswehr gegen unbefugte Beeinflussung und auf der anderen Seite die Unterdrückung der Bildung militaristischer Verbände ohne Genehmigung der zuständigen Dienststellen. In § 1 der Verordnung heißt es: Wer frühere oder derzeitige Truppen der Reichswehr und der Marine, der Freikorps oder einer militaristischen Formation der Sicherheitspolizei oder anderer Wehren zu Angehörigen mit vereinten Kräften oder zu gemeinsamem Protest gegen Anordnungen der zuständigen Dienststellen, insbesondere gegen Anordnungen über Auflösung, Verringerung oder Umgliederung der bestehenden Verbände auffordert, wird mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren, bei Vorliegen mit

derer Umstände mit Gefängnis bestraft. Ebenso wird bestraft, wer es unternimmt, ohne die Genehmigung der militärischen Dienststellen Personen zu Verbänden militärischer oder polizeilicher Art zusammenzuschließen, oder wer an solchen Verbänden teilnimmt.

Neuer Bergarbeitertarif.

Essen, 15. Juni. Der am 21. Mai für das Ruhrgebiet vereinbarte Tarifvertrag ist gestern zwischen den Vertretern der Arbeitnehmerverbände und den Vertretern des Zechenverbands endgültig abgeschlossen worden. Die Bergarbeiter erhalten eine Lohnerhöhung von 6 Mk., von der 1,50 Mark von den Zechen in bar gezahlt und 4,50 Mark vom Reich übernommen werden. Die Angestellten erhalten den Reichszuschuß in gleicher Höhe wie die Arbeiter. Außerdem bekommen sie eine der Lohnerhöhung entsprechende Gehaltsaufbesserung. Durch diese Regelung wird eine Erhöhung der Kohlenpreise vermieden.

Italiens Wiedergutmachungsforderung.

Rom, 15. Juni. Nach Mitteilungen beläuft sich die von Italien für die Wiedergutmachungen zu fordernde Summe auf 60 Milliarden Lire. Ritti beabsichtigt, diese Summe den Verbündeten bei der Erörterung über die Verteilung der durch Deutschland zu bezahlenden Summe mitzuteilen.

Vorarbeiten für den ständigen internationalen Gerichtshof.

London, 15. Juni. Am 16. Juni wird die internationale Juristenkommission im Haag ihre Tätigkeit aufnehmen, der die Vorbereitung des Entwurfs für einen ständigen internationalen Gerichtshof, wie ihn der Völkerbund vorsieht, anvertraut ist.

Polnische Unterstellung.

Berlin, 15. Juni. Der amtliche polnische Seeberichts vom 8. Juni erwähnt, daß aufgefangene bolschewistische Befehle und Meldungen zum Teil in deutscher Sprache abgefaßt seien. — Hieraus ist das Gerücht entstanden und in der polnischen Presse verbreitet worden, daß die bolschewistische Armee von einer großen Zahl deutscher Offiziere geführt sei. — Es mag sein, daß einige frühere deutsche Kriegsgefangene im Ausland aus Abenteuerlust oder auch aus Not, weil ihnen bisher die Rückkehr in die Heimat verschlossen war, in der Roten Armee Dienst genommen haben, so wie dies auch in den Armeen Denikins und Koltshaks der Fall gewesen sein soll.

Die Unterstellung, als seien deutsche Offiziere mit Wissen der Reichsregierung in die Rote Armee eingetreten, muß aber als eine durch nichts gerechtfertigte Erfindung auf das Bestimmteste zurückgewiesen werden.

Internationale Hilfsaktion für den Ozean.

Bern, 15. Juni. Der Bundesrat hat der Bundesversammlung den Vorschlag unterbreitet, wonach sich die Schweiz an einer internationalen Hilfsaktion zugunsten der Ostindianer Europas speziell auch Ozeanien mit einer Summe von 25 Millionen Frank beteiligen sollen, und zwar unter der Bedingung, daß auch andere Staaten ihre Beteiligung zusagen. Folgende Staaten sollen sich entschlossen haben, bei dieser Aktion mitzuwirken: Die Vereinigten Staaten mit 130 Millionen Dollars, England mit 10 Millionen Pfund, Italien mit 100 Millionen Lire und Holland mit 12 Millionen Gulden. Es ist demnach eine Hilfsaktion in gewaltigem Umfange geplant, von deren Durchführung man eine Sanierung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Ozeans erwartet.

Neuwahlen in Oesterreich.

Wien, 15. Juni. In der gestrigen Sitzung des Hauptausschusses ergab sich aus den Erklärungen aller Redner die übereinstimmende Meinung, daß unter den obwaltenden Verhältnissen die Fortdauer der gegenwärtigen Nationalversammlung nicht mehr möglich sei. Demgemäß wurde einstimmig beschlossen, die nötigen Gesetzesentwürfe betreffend die Auflösung der verfassunggebenden Nationalversammlung und die Durchführung der Neuwahlen unverzüglich anzubereiten zu lassen. Vor dem Abschluß der Tagung des Parlaments seien das Budgetprovisorium und alle Staatsnotwendigkeiten fertigzustellen.

Die wilde Hummel.

Roman von Erich Friesen.

58

(Fortsetzung.)

Fast erschrocken blickt er sie an.
„Wie? ... Was? ... Ich kann doch nicht von Ihnen.“
Lächelnd schüttelt sie den Kopf.
„Nicht Sie! ... Aber Eva! Sie wird ihrer Zwägerin eine Mitgift nicht verwehren!“
„Sonnenscheinchen! Du bist ein Engel! ... Dank, Dank!“

In seinem überströmenden Gefühl nennt er sie wieder bei dem alten, ihm vertrauten Namen und „Du“ und dann beugt er das Knie vor ihr und drückt ihre Hände an seine Lippen. —
Ein leises Geräusch läßt beide aufblicken. Sie blicken sich um.

Nichts zu sehen.
Und doch stirzt ein Mann wie ein Berrückter fort aus dem Hessaal, hinauf auf sein Zimmer — wahn sinnige Eile und Verzweiflung im Herzen:
Norbert, der Zeuge jenes leidenschaftlichen Handtusses war.

Vorbei das Gest.
Der größere Teil der Gäste hat Wirkensfelde verlassen: Die Intimeren haben sich in die für sie herbeigerichteten Schlafgemächer zurückgezogen.
Der alte General, den die Aufregung und der ungewohnte Trübel mächtig angegriffen haben, liegt bleich und mit geschlossenen Augen in seinem großen Himmelbett.

stellen. Ebenso sollen noch die Gesetze betreffend die Vermögensabgabe und die damit zusammenhängenden Finanzfragen erledigt werden. Desgleichen soll der Verfassungsentwurf im Hause eingebracht und erledigt werden. Die Beratungen über die Bildung der Regierung werden in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses fortgesetzt werden.

Die Bolschewiki in Kiew.

Amsterdam, 15. Juni. Eine drahtlose Moskauer Meldung besagt: Die Roten Truppen besetzen Kiew. Vor der Räumung sprengten die Polen die Wladimir-Kathedrale, Eisenbahnstationen, die Elektrizitätszentrale und die Wasserleitung. Diese Maßnahme, die durch keine militärische Notwendigkeit begründet ist, hat die Stadt der Gefahr schwerer epidemischer Krankheiten ausgesetzt.

Rumänische Mobilmachung gegen Sowjetrußland

Bukarest, 15. Juni. In Rußland ist ein russisches Kommando aufgestellt, das die Aufgabe hat, eine gegen bolschewistische Armee zu formieren.

Kämpfe zwischen Türken und Griechen.

Rotterdam, 15. Juni. Wie der „Nieuwe Rotterdam Courant“ aus Konstantinopel meldet, haben die Griechen die Maritsa überschritten, sind aber von den Türken zurückgeschlagen worden. Diese haben sich, wie verlautet, auf dem Westufer festgesetzt.

Vom Völkerbundsrat.

London, 15. Juni. Der Völkerbundsrat trat gestern im St. James-Palast zusammen. Eric Drummond, Curzon, Mariani-Frankreich und der persische Minister des Aeußern, Prinz Feruz, waren zugegen. Spanien, Belgien, Japan, Italien und Griechenland waren durch ihre diplomatischen Missionen vertreten. Avenol-Frankreich und Kaufen-Norwegen wohnten der Sitzung in beratender Eigenschaft bei.

Zunehmende Meinungsverschiedenheit im Verband.

London, 15. Juni. (Neuer.) Die „Westminster Gazette“ meldet, daß Oberst House mit Zustimmung Wilsons und der amerikanischen Regierung nach Europa abreisen werde. Er werde England, Frankreich, Belgien, die Schweiz, Holland, Dänemark, Polen und die Tschechoslowakei berühren. Diese Reise erfolge auf den dringenden Wunsch Englands und Frankreichs, die beunruhigt seien in der Einsicht, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vereinigten Staaten und den Alliierten sich beträchtlich mehren.

Krieg im Ozean.

London, 15. Juni. (Neuer.) Der Erste Lord der Admiralität teilte im Unterhause mit, daß der Befehlshaber der englischen Seestreitkräfte im Schwarzen Meer die Weisung erhalten habe, strenge Neutralität zu beobachten und den General Wrangell weder bei offensiven noch bei defensiven Operationen zu unterstützen.

Kleine Nachrichten.

Stuttgart, 16. Juni. Die Parteien und die neuen Landtagsfraktionen halten in diesen Tagen Besprechungen über die politische Lage ab. Die D.D.P. war am Sonntag versammelt. Die Zentrumspartei hält heute ihre Landesausdrucksung, die Völkervereinigung kommt am Freitag, die Volkspartei am Samstag, und die Sozialdemokraten am nächsten Sonntag zusammen. Am Dienstag, den 22. Juni tritt dann der neue Landtag zusammen.

Stuttgart, 15. Juni. Von der Reichsliste der Deutschen demokratischen Partei sind, wie nunmehr feststeht, nicht neun, sondern nur acht Demokraten erwählt. Kultminister Dr. Hieber, der an 9. Stelle stand, hat also kein Mandat erhalten. Insgesamt besitzt die D.D.P. nunmehr 45 Sitze im Reichstag.

Berlin, 15. Juni. Wie der „Berl. Volksanzeiger“ aus Halle meldet, hat etwa ein Drittel der Halberstädter Fernsprecheinnehmer seine Anschlüsse als Abwechselfrei gegen die Fernsprechanleihe gelündigt.

Berlin, 15. Juni. Nach einer Münchener Meldung des „Berl. Tageblatts“ wurde aus dem Gießbach im Englischen Garten die mit Striden gefesselte Leiche eines Reichswehrsoldaten geborgen. (Der Ermordete, No-

hann Mayer, 20 Jahre alt, stammt aus Neutlingen.)

Berlin, 15. Juni. Der neu ernannte bulgarische Geschäftsträger, Generalkonsul Dr. Dossin Dostow hat heute dem Reichsminister des Auswärtigen sein Beglaubigungsschreiben übergeben.

Paris, 15. Juni. Der Ernährungsminister erließ gestern eine Bekanntmachung, nach der die Fleischpreise bedeutend herabgesetzt werden in Anbetracht der stark sinkenden Preise für lebendes Vieh.

London, 15. Juni. In einer Versammlung des Verbandes der Fernentelegraphisten wurde beschlossen, morgen in den Ausstand zu treten.

London, 15. Juni. Der ehemalige Sekretär im Kriegsamt, Lord Forster, ist zum Generalgouverneur von Australien ernannt worden.

London, 15. Juni. Reuter erfährt, die Bolschewisten hätten Finnland um einen sofortigen Waffenstillstand erucht.

Rom, 15. Juni. Der Papst hat den deutschen Vertreter v. Bergen mit seiner Mutter empfangen.

Bukarest, 15. Juni. Die bulgarische Regierung hat beschlossen, die wirtschaftlichen Beziehungen zu Rumänien wieder aufzunehmen.

Athen, 15. Juni. Einem Telegramm aus Thessalonich zufolge hat Daser Tavor die Unabhängigkeit Dithrakens proklamiert, die Oberhoheit der Pforte als aufgehoben erklärt und ein Kabinett gebildet.

Brüssel, 15. Juni. Wie die Blätter melden, ist man in der Provinz Limburg auf Kohlenlager gestoßen, die sehr umfangreich sein sollen.

Stockholm, 15. Juni. Offiziell wird gemeldet, daß der schwedische Gesandte in Helsinki mit Rücksicht auf die Lage Weimars erhalten habe, zur Berichterstattung nach Stockholm zu kommen.

Württemberg.

Stuttgart, 15. Juni. (Städtisches Erholungsheim am Bodensee?) Das dem Württ. Lehrereuverein in Friedrichshafen gehörende Erholungsheim kam am Samstag zur Versteigerung. Die Stadt Stuttgart, die schon länger in der Bodenseeregion die Errichtung eines Erholungsheims für Kinder plant, bot den geforderten Betrag von 320 000 Mk. Der Zuschlag erfolgte jedoch noch nicht.

Stuttgart, 15. Juni. (Stadt- und Landes-Theater.) Ueber die Deckung des Abmangels des württ. Landestheaters, der jährlich auf 3 Mill. Mark geschätzt wird, kam es anlässlich der Beratung der Vergütungssteuer im Landtag zu Erörterungen, die zeigten, daß in dieser Frage große Gegensätze bestehen. Am 10. Juni hat unterdessen der Gemeinderat beschlossen, auf die Dauer von 3 Jahren einen jährlichen Zuschuß von 750 000 Mk. zu leisten, wenn die Vergütungssteuer in vollem Betrag der Stadt Stuttgart überwiesen wird und ihr auch die Sportel aus Vergütungen zukommen. Dieser Vorschlag wird als die Grenze des Möglichen bezeichnet und zugleich darauf hingewiesen, daß mit Ausnahme von Karlsruhe und Darmstadt überhaupt keine Stadtverwaltung einen Beitrag zu den früheren Hoftheatern leistet. Der Staat aber verlangt, daß die Stadt 50 Prozent des jährlichen Abmangels trage. Einen Millionenabmangel wird aber weder Staat noch Stadt auf die Dauer tragen können.

Stuttgart, 15. Juni. (Erhöhung der Masthühnerpreise.) Durch eine Verfügung der Landesverordnungsstelle wird der Erzeugerpreis für Mast auf 1 Mk., der Ausschankpreis auf 1,60 Mk. je für das Liter einschl. Steuer festgesetzt. In großen und mittleren Städten kann durch Beschluß des Gemeinderats der Erzeugerpreis bis zu 1,30 Mk., der Ausschankpreis bis zu 2,40 Mk. das Liter erhöht werden.

Waiblingen, 15. Juni. (Abgestürzt.) Als der am Ende der 50er Jahre stehende Landwirt Gottfried Huber auf einem Wagen fahend das Vieh setzte, zogen die Kühe plötzlich an. Huber stürzte vom Wagen und erlitt eine schwere Verletzung an der Wirbelsäule.

Disingen, 15. Juni. (Ertrunken.) Beim Baden in der Glems ertranken zwei Barschen im Alter von 18 und 19 Jahren. Die Ertrunkenen hielten sich mit den

Sie bietet ihm einen Stuhl an und setzt sich selbst Er jedoch bleibt stehen.

„Laß uns kurz sein!“ stößt er heftig hervor. „Je weniger Worte zwischen uns fallen, desto besser. Nur soviel: ich hatte nicht geglaubt, daß Du meinen Namen in den Schmutz ziehen würdest!“

Mit weit aufgerissenen Augen starrt sie ihn an.
„Nein — Namen in den — Schmutz ziehen?“
wiederholt sie in grenzenloser Verwunderung.

Hastig geht er einige Schritte auf und ab.
„Du wirst nicht erwarten, daß ich Dir das Unwürdige Deines Verhaltens auseinandersetze. Nur soviel: ich war vorhin Zeuge Deiner Zusammenkunft mit dem jungen Laffen, dem Trotha!“

Im Gefühl ihrer Unschuld hebt sie stolz den Kopf.
„Nur — und?“
„Spare Deine Schauspielerkünste! Ich habe alles gesehen!“

Sie schreift noch immer nicht.
Dann stammt ein Blitz des Verständnisses in Ihren Augen auf. Rasch wechselt die Farbe auf Ihrem Antlitz. Ihr Atem geht schwer. Sie öffnet die Lippen —
„Sie sie noch sprechen kann, hat er sie beim Handgelenk gepackt. So groß ist seine Erregung, daß er jede Höflichkeit und Rücksicht außer acht läßt.“

„Verteidige Dich nicht! Ich weiß, was ich weiß und nur der Umstand, daß auch Du Dich über mich zu beklagen hastest, verdankst Du es, daß ich Dich überhaupt noch eines Wortes würdige!“

Mit einer wilden Gebärde schüttelt sie seine Hand ab.

„Laß mich!“

(Fortsetzung folgt.)

Armen kämpfhaft umschlingen. Die Kleidungsstücke wurden noch nicht gefunden, man vermutet Diebstahl.

Sadung, 16. Juni. (Ein schauriger Fund.) Wandervogel, die am Sonntag beim Kapenloch im Schönraierwald einen Besuch abstatteten und es wagten, sich in den tiefen Grund hinabzulassen, fanden daselbst ein Skelett, das an das Tageslicht und hierher zur Untersuchung gebracht wurde. Von ihr wird es abhängen, ob irgendwelche Schlüsse zu ziehen möglich sein werden.

Mm, 15. Juni. (Berufung.) Regierungsbaumeister S. Herrenberger aus Mm, der bis zur polnischen Belegung als hiesiger Bauinspektor in Polen tätig war, ist als Stadtrat und Bauamt nach Fürth i. B. berufen worden.

Neußen, 16. Mai. (Taleskrichen.) Die Frühlingsernte ist jetzt nun soweit vorüber, Hauptfruchtenernte in etwa 10 Tagen. Man rechnet dieses Jahr mit einer starken Halbernte. Während der Peris vorige Woche 80 Pfg. bis 1 Mk. betrug, wird heute schon 1,20 Mk. bezahlt, was wohl auf die Ausfuhr nach Bayern zurückzuführen ist.

Münzingen, 16. Juni. (Gausängerfest.) Der neugegründete Alb-Sängergang hielt am Sonntag hier ein Sängertag ab, an dem 16 Vereine teilnahmen. Am Festtag beteiligten sich über 600 Sänger, am Wettbewerb 14 Vereine. Stadtschultheiß Hörner und der Wandringwart G. Stabel hielten Ansprachen.

Troffingen, 15. Juni. (Tödlicher Unfall.) Die 23jährige Tochter des Schlossermeisters Koch beteiligte sich am Sonntag an einem Ausflug des evangl. Kirchenchores ins Donautal, kehrte aber nicht mehr nach Hause zurück. Die Vermisste wurde am Bahndamm in der Nähe des Bahnhofes Troffingen tot aufgefunden. Man nimmt an, daß ein Unglück beim Aus- oder Einsteigen vorliegt.

Friedrichshafen, 15. Juni. (Gewittersturm auf dem See.) Am Sonntag nachmittag zog von Westen kommend ein schwerer Gewittersturm über das Bodenseegebiet hin. Der Weststurm vertrieb den See gründlich auf. Die Dampfschiffe hatten schwere Fahrt, konnten aber überall anlegen. Jegliche Unglücksfälle wurden nicht bekannt.

Baden.

Karlsruhe, 15. Juni. (Neue Fleischhöchstpreise.) Das Ministerium des Innern hat die Kommunalverbände ermächtigt, unter Berücksichtigung der besonderen örtlichen Verhältnisse Höchstpreise für Rind-, Kalb-, Schaf-, Schweine- und Ziegenfleisch festzusetzen. Die Preise sind unter Beachtung der nachstehenden neuen Richtpreissätze zu bemessen. Diese Richtpreissätze betragen: für 1 Pfd. Rindfleisch 9 Mk., Kalbfleisch 9 Mk., Schaf- und Hammelfleisch 9 Mk., Schweinefleisch 6-10 Mk. und Ziegenfleisch 3 Mk.

Karlsruhe, 15. Juni. (Fürsorgegesetz für Gemeinde- und Körperschaftsbeamte.) Der dem Landtag letzter Tage überreichte Gesetzentwurf zu einem neuen Fürsorgegesetz für Gemeinde- und Körperschaftsbeamte bestimmt, daß der Fürsorgekasse alle Mitglieder anzugehören haben, alle im Dienst der Gemeinden angestellten hauptberuflich tätigen Beamten und Bediensteten, einschließlich derjenigen der weltlichen Ordensinstitutionen und der mit mit Gemeindegemeinschaften versehenen Sparkassen, sofern sie ein auf den Einkommensanschlag anrechnungsfähiges Jahreseinkommen von mindestens 500 Mk. beziehen. Ferner haben der Fürsorgekasse die Bürgermeister der großen Gemeinden und der Amtsstädte mit mehr als 3000 Einwohnern ohne Rücksicht auf die Höhe ihres Dienstverdienstes anzugehören. Ferner wird bestimmt, daß der Gesetzentwurf keine Anwendung auf die Beamten und Bediensteten derjenigen Gemeinden findet, die beim Inkrafttreten des Gesetzes mehr als 15000 Einwohner zählen. Ein 1 der Fürsorgekasse angehörendes Mitglied hat nach einer Dienstzeit von mindestens 10 Jahren im Falle seines weber durch eigenes Verschulden veranlaßtes, noch freiwilliges Ausscheidens aus dem Dienste Anspruch auf lebenslänglichen Ruhegehalt, wenn es wegen eines körperlichen Gebrechens oder körperlicher oder geistiger Schwäche dienstunfähig oder 65 Jahre alt geworden ist. Bei 10 Dienstjahren beträgt das Ruhegehalt 33 v. H. des Einkommens und erreicht bei 35 Dienstjahren den Höchstbetrag mit 75 v. H. Das Witwengeld beträgt 30 v. H. des Einkommens, das für die Berechnung des Ruhegehalts des Verstorbenen maßgebend gewesen ist und das Wittwengeld beläuft sich für jedes Kind auf ein Fünftel bis ein Drittel des Wittwengelds. Alle Mitglieder der Fürsorgekasse haben an diese fortlaufende Beiträge zu entrichten. Ferner wird die Kasse unterstützt vom Staat und von allen beteiligten Gemeinden, Sparkassen und sonstigen Körperschaften, von denen eine bestimmte Umlage erhoben wird. Die Verwaltung der Fürsorgekasse wird vom Verwaltungshof besorgt.

Karlsruhe, 15. Juni. Eine Hauptauschussung des Bad. Bauernverbands beschloß, die Abgabe jeglicher Art Schlachtvieh an die Kommunalverbände im ganzen Lande zu verweigern.

Mannheim, 15. Juni. Beim Baden im Neckar haben sich wieder zwei tödliche Unglücksfälle ereignet. In einem Fall ist ein 23jähriger Glaser namens Fris Bogt, im anderen ein noch unbekannter junger Mann ertrunken.

Heidelberg, 15. Juni. An den Folgen eines Schlaganfalls ist der Direktor der hiesigen Rheinischen Kreditbank, Otto Heinrich Schenk, gestorben. Der Entschlafene, der hier großes Ansehen genoss, stand seit 15 Jahren an der Spitze des genannten Bankinstituts.

Weinheim, 15. Juni. Der Oberheinsischen Elektrizitätsgesellschaft, die die Nebenbahn Mannheim-Weinheim, Heidelberg betreibt und die erklärt hatte, wegen finanzieller Schwierigkeiten auf 1. Juli den Betrieb einstellen zu wollen, wurde mitgeteilt, daß das Reichsverkehrsministerium der Bahn drei Monate lang je 150000 Mk. zur Weiterführung ihres Betriebs zur Verfügung stelle.

Lautenbach b. Weinheim, 15. Juni. Infolge eines

fast acht Tage andauernden Brotmangels hielten die Verbraucher hier eine Versammlung ab, in welcher der Bürgermeister Nechenbach über die Lebensmittelversorgung ablegte. Seine Mitteilungen, daß die Gemeinde im März überhaupt kein Mehl erhalten hätte, fanden keinen Glauben und die Versammlung wählte einen Ausschuß, der die Lebensmittelverteilung überwachen soll. Man hegt den Verdacht, daß ein großer Teil der Selbstversorger Brotmarken bezogen hat. Die Landwirte hier erklären, daß sie nach der neuen Ernte überhaupt keine Frucht mehr abliefern werden.

Zahr, 15. Juni. Auf eigenartige Weise nahm sich ein 81-jähriger Mann aus Friesenheim im hiesigen Bezirkskrankenhaus das Leben. Der Schwermütige nahm ein derart heißes Bad, daß sein ganzer Körper Verbrennungen erlitt und er, als man zu Hilfe kam, bereits tot war.

Vermischtes.

Ein entlarvtes Schwindelstück. Das angeblich stigmatisierte Mädchen (E. M.) von Haussen am Bussen hat seit mehr als drei Jahren Aufsehen erregt und viele Bewunderer erhalten. Die vor 1. Jahren im Auftrag des Bischofs im Kloster Reute vorgenommene kirchliche Untersuchung des Falles entschied sich durchaus gegen den übernatürlichen Charakter der Zustände dieser Person. Die Anhänger Haussens suchten in Rom um eine Entscheidung zu ihren Gunsten nach. Kom wie die ganze Sache an den Bischof zurück. Nun hat vor kurzem das Mädchen eidlich zu Protokoll erklärt, es habe weder Visionen noch wunderbare Erscheinungen gehabt; es habe den Leuten auf ihre Fragen geantwortet, was es eben für wahrscheinlich gehalten habe. Die angeblichen Offenbarungen habe es aus Bäumen abgeschrieben. Die „Wundmale“ habe sie sich selbst mit Schere und Nadel beigebracht. Jetzt habe sie keine Nadel mehr gehabt und deshalb leiste sie von sich aus diesen Widerstand. — So ist der abnehmende Standpunkt des Bischoflichen Ordinariats als richtig erwiesen. „Haussen“ ist damit erledigt!

Zurückgehen der Preise in Frankreich. Wie eine Woge geht das Sinken der Preise über Frankreich. Zuerst begann die Abnahme auf den Viehmärkten, die Folgen waren billigere Fleischpreise. Nun wird gemeldet, daß in Marseille die Kaffeepreise von 29 auf 27 Franken zurückgingen, für Saatkorntride von 325 auf 312, für grüne Erbsen von 210 auf 195, für Bohnen von 200 auf 190, für Linsen von 130 auf 115, für Palmöl von 450 auf 350, für Baumwolle von 680 auf 500, für feine weiße Sesse von 400 auf 440 Franken. — In Toulouse ging der Preis für 1 Hektoliter Wein um 20 Franken zurück. Von allen Seiten wird sehr starkes Fallen der Lederpreise gemeldet. Das Zurückgehen der Preise erklärt man u. a. mit der Zurückhaltung der Käufer, die nur das unbedingt Notwendige kaufen, sowie mit dem Umfang der Vorräte.

Die vorkonstituierende Versammlung der Freien Stadt Danzig. Am 15. Juni wurde die verfassunggebende Versammlung der zukünftigen Freien Stadt Danzig der 122 Abgeordnete anwesend, eröffnet. Sir Reginald Lyster hielt eine Ansprache und erklärte die verfassunggebende Versammlung für eröffnet. Zum Präsidenten wurde der deutsch-nationale Wg. Reinhard gewählt.

Aussweisungen aus Bayern. Wiederum sind 116 Deutsch-Oesterreicher und Deutsch-Böhmen, Arbeiter einer Fabrik bei Donauwörth, die vor einigen Jahren aus Oesterreich und Deutsch-Böhmen als Spezialarbeiter angeworben wurden, aus Bayern ausgewiesen worden, trotzdem ihnen die Fabrik damals dauernde Beschäftigung zugesichert hat. Vermutungen, die Regierung zur Zurücknahme des Befehls zu veranlassen, sind im Gange.

Teure Arbeiter- und Soldatenräte. Die „Bayerische Staatszeitung“ teilt mit, daß die bayerische Staatskasse den Arbeitern und Soldaten 1 1/2 Millionen Mark und den Soldatenräten 2 1/2 Millionen Mark hat verabschieden müssen. Für diese Millionen Summen ist außerdem so kommen Schiebel heute geworden.

Streik der Fernsprechtellerer. Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ aus Halle meldet, hat etwa ein Drittel der Halberstädter Fernsprechtellerer seine Anstalten als Abwehrstreik gegen die Fernsprechanstalt erklärt.

Ein Spiel in der Speleat in Deutschland? Eine Spielantengruppe hat von der mecklenburgischen Regierung die Erlaubnis erhalten, im Ostseebade Warnemünde eine große Spielbank einzurichten. Abgesehen von Monte Carlo sind öffentliche Spielbanken in allen Kulturstaaten verboten. Aber der Spielstapel ist mächtiger als je und bringt den Unternehmern großen Gewinn. Mehrfach haben sie in Deutschland versucht, die Erlaubnis zum Betriebe von Spielbanken zu erhalten, Erfolg aber nur in Mecklenburg-Schwerin erzielt. Angeblich soll diese Spielbank hauptsächlich für Ausländer berechnet und ganz „ekklusiv“ sein, d. h. nach dem Muster von Monte Carlo jede Beteiligung der Einländer bei Androhung empfindlicher Strafen verboten sein. Dadurch wird die alte Sache nicht besser. Es fehlt nur noch, daß man den Anteil des mecklenburgischen Staates an dem Spielgeschäft für wohltätige Zwecke bestimmt.

Handel und Verkehr.

Deutschlands Zuckerverbrauch. Nach amtlichen Berechnungen wurden im deutschen Zollgebiet in den sieben Monaten, September 1919 bis März 1920, rund 11,23 Millionen Zentner Zucker in den Verbrauch übergeführt, gegen 16,25 und 16,70 Millionen Zentner in den entsprechenden sieben Monaten der beiden vorangegangenen Vertriebsjahre.

Hamburger Getreidebörse. Der Hasermarkt liegt lau. Lokobare notierte vor Schluß der offiziellen Börse etwa 28,9 bis 28,93 Mk., ab Station etwa 28,0 Mk., Hülsenfrüchte still.

Der Konjunkturrückgang. Aus Elberfeld wird geschrieben: In den letzten Wochen macht sich innerhalb der genannten Rheinisch-Westfälischen Industrie ein außerordentlicher Rückgang in der Beschäftigung bemerkbar. Nicht allein aus dem Inland gehen neue Entlassungen hervor, sondern auch von außerhalb des Inlandes hat sich eine bedeutende Anzahl von Arbeitern verabschiedet und erzieht nur geringe Beiträge, auch in solchen Fabriken, in denen die deutsche Kleinindustrie am Weltmarkt führend war. Die hierdurch die Selbstkosten der Fabriken neue außerordentliche Belastungen erfahren, stehen erhebliche Betriebsbeschränkungen bevor. Die gleiche Erscheinung macht sich auch in der rheinisch-westfälischen Metallindustrie bemerkbar.

Schwierige wirtschaftliche Lage in Japan. Wie englische Blätter melden, hat sich in Japan die wirtschaftliche Lage noch schwieriger gestaltet. Die Zahl nichtabanzahlter Wechsel und die Arbeitslosigkeit steigen, die Bankleerung fallen. Die Metallpreise bleiben hoch. Der Außenhandel zeigt im Mai einen Einfuhrüberschuß von 10 Millionen Yen seit Januar 1920 einen solchen von insgesamt 400 Millionen Yen.

Rückgehende Preise für australische Wolle. Die in Antwerpen auf Veranlassung der englischen Regierung abgehaltene Versteigerung von australischen Wollen war zwar ziemlich gut besucht, doch konnten von den angebotenen 11300 Ballen nur 2200 Ballen verkauft werden. Die Preise waren, verglichen mit den Preisen der Wolle in London, um ungefähr 15 Prozent niedriger.

Krisis auf dem amerikanischen Wollemarkt? Wie die „Times“ aus New York meldet, sind die Preise auf dem Wollemarkt sehr tief unter den Erzeugungskosten. Um die Wolleindustrie zu schützen, haben der Gouverneur des Bundesvertrags und die Senatoren der westlichen Staaten eine Konferenz von Bankiers und Wolleproduzenten nach Chicago auf den 17. Juni einberufen, damit ein Fonds von 100 Millionen Dollar zusammengebracht wird, der für Darlehen an Schafzüchter Verwendung finden soll.

Letzte Nachrichten.

Dr. Mayer-Kaufbeuren mit der Kabinettabildung beauftragt.

Berlin, 16. Juni. Der Zentrumsführer Dr. Trieborn hat den Antrag der Regierungsbildung dem Reichspräsidenten Ebert zurückgegeben und diesem den Rat erteilt, den deutschen Geschäftsträger in Paris, Dr. Mayer-Kaufbeuren, mit der Neubildung des Kabinetts zu beauftragen. Der Reichspräsident hat dies angenommen. Mayer-Kaufbeuren, der als Abgeordneter der bayerischen Volkspartei in den neuen Reichstag wieder gewählt ist, soll auf Grund eines Programms seine Mitarbeiter auswählen. Wie man zuverlässig hört, ist bereits eine Liste von Männern, die zum Eintritt in ein neues Kabinett aufgefordert werden sollen, zusammengestellt. Auf ihr steht auch ein Kandidat der Deutschen Volkspartei. Diese Liste hat natürlich nur nebensächlichen Wert, da erst auf Grund eines festen Programms des neuen Mannes die geeigneten Mitarbeiter zum Eintritt in das Kabinett aufgefordert werden können.

Eröffnung der Kieler Woche.

Kiel, 16. Juni. Zum ersten Mal seit Ausbruch des Krieges beginnt heute wieder eine Kieler Woche. Die Segelregatten werden wieder vom Kaiserlichen Yachtclub, dem Nordd. Regattaveren und der Kieler Segelvereinigung veranstaltet.

Krise in Oesterreich.

Wien, 16. Juni. In Beurteilung der inneren Lage stellen die Blätter fest, daß alle Parteien in der Ansicht über eine Notwendigkeit baldiger Neuwahlen übereinstimmen. Dagegen scheint die Fortführung der Regierungsgeschäfte bis zur Auflösung der Nationalversammlung durch das bisherige Kabinett nach der Stimmung bei den Christlichsozialen in Frage gestellt. Deren Blätter, die „Reichspost“ und das „Deutsche Volksblatt“, zeigen sich über die Neuzerlegungen des Staatskanzlers Renner in der vorgestrigen Wählerversammlung sehr verstimmt und erklären es als ausgeschlossen, daß die provisorische Regierung im Amt bleiben könne.

Das neue italienische Kabinett.

Rom, 16. Juni. Das neue Kabinett Giolitti weist folgende endgültige Zusammensetzung auf: Vorsitzender und Inneres: Giolitti; Aeußeres: Graf Sforza; Kolonien: Rossi; Justiz und Kultus: Fera; Finanzen: Croce; Marine: Admiral Secchi; öffentliche Arbeiten: Becco; Landwirtschaft: Micheli; Industrie und Handel: Alessio; Post und Telegraphen: Bassallo; befreite Gebiete: Reineri; Arbeit: Labriola. Die Minister haben am Mittwoch vormittag 11 Uhr dem König den Eid geleistet.

Internationale Arbeitskonferenz.

Rom, 16. Juni. Auf der internationalen Arbeitskonferenz in Genua hielten die Vertreter der Regierungen, der Nieder- und der Arbeitnehmer am Dienstag Vorberedungen ab. Hierauf fand eine Vollsitzung statt, in der das Bureau gebildet wurde. Zum Präsidenten wurde Major des Blanches gewählt. Die nächste Vollsitzung wurde auf Mittwoch angesetzt.

Berlin, 16. Juni. Der Verfassungsausschuß der preussischen Landesversammlung hat bei Beratung der einzelnen Paragraphen der Verfassung im § 1 die Bezeichnung als Republik, nicht als Freistaat, aufrecht erhalten.

Paris, 16. Juni. Gestern ist in Paris eine Vereinigung der französischen Kaufleute und Industriellen im besetzten Rheinlande gebildet worden, um die französischen Interessen in Deutschland zu verteidigen.

Berlin, 16. Juni. Der „Berliner Lokalanzeiger“ veröffentlicht eine Haager Meldung aus New York, daß auf die Wahl Harding zum Präsidenten der Vereinigten Staaten Wetten von 10:1 abgeschlossen werden.

Paris, 16. Juni. Nach einer Havasmeldung aus Athen hat die griechische Regierung die vorzeitige Einberufung der Jahresklasse 1921 angeordnet.

Paris, 16. Juni. Nach einer Privatmeldung des „Tennis“ aus Konstantinopel sollen vier Anhänger von Mustafa Kemal Pascha, die Urheber eines Komplotts gegen den Großwesir, auf dem freien Platz vor dem Kriegsministerium gehängt worden sein.

Amsterdam, 16. Juni. Aus Tokio wird berichtet, daß auf den japanischen Ministerpräsidenten ein erfolgreicher Anschlag gemacht worden sei. Der Täter, ein Japaner, sei verhaftet.

Warnung vor der Fremdenlegion. Das bad. Unterrichtsministerium hat an sämtliche badische Schulbehörden einen Erlaß gerichtet, indem es darauf hinweist, daß neuerdings eine rege Werbetätigkeit für die französische Fremdenlegion eingeleitet hat. Die Lehrer werden aufgefordert, die jungen Leute in nachdrücklicher Weise über die Gefahren zu belehren, den Lockungen der Werber zu folgen. Dabei sollen die Schüler besonders darauf hingewiesen werden, daß es vom vaterländischen Standpunkt als Ausdruck einer niedrigen Denkungsart betrachtet werden müßte, wenn sich Söhne deutscher Eltern bereit fänden, in einen solchen Militärdienst einzutreten.

Moorebrand. Im Moor von Rossemars in Schottland ist ein heftiger Brand ausgebrochen. Mannschaften der Kriegsstotte löschten das Feuer.

Wasser in der Braunkohlengrube. Die Braunkohlengrube „Konordia“ in Naunersdorf bei Frose (Anhalt) ist durch Wasser, einbruch in ihrem Betrieb gestört worden. Von der Belegschaft von 2500 Mann ist niemand zu Schaden gekommen.

Einberufung des Reichstags.

Berlin, 16. Juni. Der Präsident der Nationalversammlung beruft auf Grund der Artikel 27 und 180 der Verfassung den Reichstag zum 24. Juni nachmittags 3 Uhr ein.

Aus der Heimat.

Vom Landestheater. Die vor ausverkauftem Hause gestern abend stattgefundenen Erstaufführung der Operette „Schwarzwaldmädel“ von Leon Jessel, bewies neuerdings den abwechslungsreichen Spielplan und ebenso das rege Interesse das das zur Kur hier weilende Großstadtpublikum den Aufführungen des Landestheaters entgegenbringt. Von denen in der gestrigen Aufführung mitwirkenden Darstellern seien erwähnt: Karl Burg (Römer), Herm. Klein (Jürgen), Otto Krauß (Richard), Anton Schwarzenberger (Hans), Georg Cron (Schmusheim), Anny Ernst (Bärbele), Hilde Gallin (Malwine), Julia Schmitt (Hannele), Friedel Theurer (Lorle), Gusti Körner (Traudel). Die Aufführung, die unter der Spielleitung von Otto Krauß stand, müssen wir als eine prächtige Leistung bezeichnen. Wir beschränken uns auf ein Gesamtlob, denn jede einzelne Leistung war durchaus künstlerisch. Die neuen Dekorationsausstattungen des Landestheaters machten sich auch in gestriger Aufführung (blaues Zimmer 1. Akt) durchaus angenehm bemerkbar, hoffen wir, daß noch einige folgen. Heute abend geht Joh. Strauß' dreiaktige Operette „Die Fledermaus“ in Szene. Die Hauptpartien in den Händen der Damen Ernst, Gallin und Theurer, sowie den Herren Bornstedt, Sieber, Krauß und Billmann liegen, dürfte eine gute Vorstellung, deren Besuch wir glauben empfehlen zu können, zu erwarten sein.

Vorschüsse für die Pensionäre. Den Altentpensionären und Hinterbliebenen wird nach einem Beschluß des Staatsministeriums auf die ihnen zustehenden gesetzlichen Ruhegehälter, Wartegelder, Witwen- und Waisenspensionen ein Vorschuß in der Höhe der Hälfte dieser Bezüge mit Wirkung vom 1. April 1920 an ausbezahlt werden. Diese Vorschusszahlung erfolgt in Anrechnung auf die in Aussicht zu nehmende gesetzliche Erhöhung der Pensions- und Hinterbliebenenbezüge. Die bisherigen Feuerungszulagen werden daneben unverändert weiter bezahlt, bis auch diese gesetzlich neu geregelt werden.

Briefe nach dem Ausland. Bei den Post-

ankalten werden täglich sehr viele Briefsendungen nach dem Ausland eingeliefert, die unzureichend freigemacht sind. Dies läßt darauf schließen, daß die Versender mit den hierfür geltenden neuen Gebührensätzen wenig vertraut sind. Es wird daher wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß für Briefe nach dem Fern-Ost, Dänzig, Lauenburg, dem Memelgebiet, Oesterreich, Ungarn, Westpolen (den an Polen abgetretenen deutschen Gebieten) und nach der ersten Zone des Abstammungsgebiets Schleswig die neuen Gebührensätze des inneren deutschen Verkehrs gelten. Nach dem übrigen Ausland sind die Gebühren für Briefe bis 20 Gr. auf 80 Pfg. und für jede weitere 20 Gr. auf 60 Pfg. und die Gebühr für Postkarten auf 40 Pfg. festgesetzt worden. Drucksaften, Warenproben und Geschäftspapiere nach außen als den vorgenannten Ländern unterliegen einer Gebühr von 20 Pfg. für je 50 Gr.; die Mindestgebühr beträgt für Warenproben 40 Pfg. und für Geschäftspapiere 80 Pfg. Die Einschreibgebühr beträgt bei Briefsendungen nach den im vorschreibenden bezeichneten Ländern 50 Pfg., nach dem übrigen Ausland 80 Pfg.

Zugverbindungen nach Italien. Seit 1. Juni ds. Js. besteht eine neue direkte Zugverbindung von Berlin und Dresden über Hof und von Prag über Eger, München und den Brenner nach Italien und zurück. Der Fahrplan ist folgender: ab Berlin, Anhalter Bahnhof 7,45 vorm., ab Leipzig 10,46 vorm., ab München 10,33 abds., ab Florenz 11,50 abds., ab Rom 8,20 vorm., an Neapel 2,00 nachm. In umgekehrter Richtung verkehren die Züge: ab Neapel 5,35 nachm., ab Florenz 6,10 abds., ab München 6,30 vorm., ab Leipzig 5,55 nachm., an Berlin, Anhalter Bahnhof 9,30 abds. Direkte Anschlüsse bestehen von und nach Dresden, Prag und Marienbad, sowie nach und von Venedig und Mailand. Die Züge führen direkte Wagen zwischen Berlin, sowie Prag und Rom, ferner Speisewagen zwischen Berlin und München.

Fristablauf für englische Wechsel. Nach Nr. 18 der englischen Friedensvertragsordnung von 1919 läßt

die Frist für die Vorlage von Wechseln und Schecks in England zur Annahme oder Zahlung, ebenso zur Protesthebung am 10. Juli 1920 ab. Vom vorgenannten Termin ab dürfen auch Benachrichtigungen von Nichtannahme oder Nichtzahlung von Wechseln oder Schecks in England nicht mehr erfolgen. Alle Personen, die Inhaber solcher Wechsel oder Schecks sind, deren Vorlage in England bis zum 20. Juli 1920 noch zu erfolgen hat, müssen die Urkunden möglichst bald dem Reichsausgleichsamts zur Übermittlung nach England übergeben.

Rettung aus der deutschen Währungsnot. Die Zeitungs-, vollständige und wissenschaftliche Literatur über das deutsche Wälutaelend ist in den letzten Jahren zu einer schier unübersehbaren Flut angeschwollen, wobei fast ausschließlich die tatsächlichen Erscheinungen und Folgewirkungen erörtert, kaum je aber beachtliche, praktische und bald wirksam werdende Verbesserungsvorschläge gemacht worden sind. Einen solchen macht nun Dr. Korte-Hannover in der soeben erschienenen Nr. 13 der „Leipziger Währungszeitschrift“. Sein Vorschlag läuft auf die Schaffung einer besonderen Währung für Löhne und Gehälter, eines besonderen Arbeitsverzeichnisses mit besserer Kaufkraft neben der jetzigen immer mehr zur Entwertung verurteilten Papiermark hinaus. Der Verfasser ist der Ansicht, daß zur Werte schaffenden Arbeit, zur Sparlichkeit und den sonstigen für Heilung und Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftskörpers notwendigen, nur sehr langsam wirkenden Mitteln ein solches auf dem Gebiet des Geldwesens hinzutreten muß, wenn wir nicht zum finanziellen und wirtschaftlichen Zusammenbruch treiben wollen. Währungs- und finanzpolitische Fragen gehören zu den schwierigsten und bestrittensten der Nationalökonomie, und es läßt sich wohl annehmen, daß auch der hier gemachte Vorschlag nicht überall und ohne weiteres auf Zustimmung stößt. Die Wichtigkeit des Geschäftes und die absehdrohende Entwicklung, welche die Dinge von Tag zu Tag mehr nehmen, dürfte jedoch auf jeden Fall eine Prüfung des Vorschlags rechtfertigen.

Eier-Abgabe.

Auf Lebensmittelmarke 27 wird 1 Ei abgegeben.
Listenschluß: Freitag Abend 6 Uhr.
Lebensmittelamt.

Teigwaren- und Suppenabgabe!

Auf Lebensmittelmarke 12 werden Teigwaren abgegeben, ebenso 100 gr Suppen.
Listenschluß: Freitag Abend 6 Uhr.
Stadt. Lebensmittelamt.

Kartoffel-Abgabe.

Ehe die bei uns lagernden Kartoffeln andern Zwecken zugeführt werden, wird auf Veranlassung des Gemeinderats der Einwohnerschaft nochmals Gelegenheit gegeben, ihren Bedarf bis zur neuen Ernte vollends zu decken. Der Preis ist auf 20 Mark per Ztr. ermäßigt worden. Die Abgabe erfolgt am Montag, den 21. Juni 1920 vorm. 8-12 und nachm. 2-6 Uhr bei der Wilhelm-Schule.
Stadt. Lebensmittelamt.

Rom. Chieregato

Wilhelm-Strasse 83.
Obst- und Südfrüchten-Handlung

- Täglich frische Kirschen □
- : Sämtliche Südfrüchten : □
- Span. Weine :: Gemüse □

Stottern.

Angstgefühl, Stimmeln, Räseln, Lippeln und andere Sprachstörungen beseitigt erfahrener Spezialist unter Garantie, wenn die Untersuchung keine organischen Fehler ergab, ohne Berufshörung in kurzer Zeit. Keine Apparate die im Mund oder auf dem Körper zu tragen sind etc. (Einzelbehandlung). Amtlich beglaubigte Dankschreiben Geheilte liegen zur Einsicht auf. Nicht zu verwechseln mit minderwertigem Angebot.

Südd. Spezialinstitut f. Sprachstörungen

Zweigdirektion für Baden Pforzheim
Dillsteinerstr. 3a. (Eingang Engstraße Cafe Heim.)
Sprechstunden: Nur Werktagen 11-1, Sonntags keine Sprechstunden.

Brieftasche verloren.

Gegen Belohnung in der Villa Karlsbad abzugeben.
Im Frisieren und Haarwaschen empfiehlt sich **Emma Eisels**, Wilhelmstr. 211.

Für Anfang Juli wird von einem Herrn ein **Privat-Zimmer** auf 4 Wochen gesucht. Offerten nebst Preisangabe unter Z. 100 nimmt die Exp. ds. Blattes entgegen.

Fussball-Verein Wildbad
(vereint. Fuss- und Sportverein)
Mitglied des Verbandes Süddeutscher Fußballvereine.

Am Sonntag, den 20. Juni 1920 findet die **Platz-Einweihung (Sportplatz Lautenhof)** verbunden mit einem **Propaganda-Spiel:**
Sp.-V. Kickers Stuttgart gegen **1. F.-C. Pforzheim**

- mit folgendem Fest-Programm statt:
- 9.00 Uhr Empfang der Festgäste am Bahnhof.
 - 10.30 Uhr Fröhlichkonzert im Garten der Alten Linde.
 - 12.45 Uhr Abmarsch des Festzuges zum Sportplatz vom Enkal Alte Linde.
 - 2.00 Uhr Beginn des Wettspiels Sport-Club Pforzheim — F.-V. Wildbad.
 - 3.30 Uhr Beginn des Propaganda-Spiels (Austragung des vom F.-V. Wildbad gestifteten Ehrenpreises).
 - 5.00 Uhr Rückmarsch vom Festplatz.
 - 8.00 Uhr abends Fußball in der Turnhalle.

Zu den Veranstaltungen ladet der Fußball-Verein Wildbad seine verehrl. Ehren-, aktiven und passiven Mitglieder, sowie die verehrl. Einwohner und Sportfreunde von Wildbad und Umgebung und die titl. Kurgäste freundlichst ein.
N.B. Zum Festzug haben sämtl. aktiven Mitglieder im Sport zu erscheinen. — Den Sportinteressenten ist Gelegenheit zur Autobenedigung geboten, für die verehrl. Damenwelt steht Auto-Omnibus zur Verfügung. Abfahrtszeiten der Autos: 1.30 Uhr ab Bahnhof, ab 2.00, 2.30 und 3.00 Uhr vom Katharinenstift.
Der Ausschuss.

Mitglieder haben zum Fußball freien Eintritt unter Vorzeigung der Mitgliedskarte. Eintrittspreise s. Plakate.

Geschlechtskrankheiten!
Rasche Hilfe durch giftfreie Kuren.
Harnröhrenleiden, Syphilis, Schwäche, früher auch bestrahlt, durch Giftlos, Gelling in Form Heil ohne Schmerzen u. ohne Unterbrechung der Arbeit ohne Nebenwirkungen, ohne Schmerzen, ohne Mühe, ohne Silber und schmerzhaftes Quecksilber.
Schnelle wirksame Heilung. — Aber schon bei den ersten Anzeichen ohne Berufshörung. — Früherische Beschwerden erlöschen mit raschen heilenden Gelingen und hundertsten heilbringenden Heilung. — Heilung 100% für Heru u. Frauen in kürzester Zeit. — Spezialist **Dr. med. Dammann, Berlin G. 77**
Potsdamer Str. 123B. Sprechst. 10-11, 2-4, Sonntag 10-11 Uhr.
Wenige Eingabe. Heilung garantiert, sonst 10.000 Mark Strafe.

Ein neues **Leinenkostüm** und ein Paar neue **Leinenschuhe** Größe 39, sind preiswert abzugeben. Zu erfragen in der Exped. ds. Bl.

Gut möbliertes **Zimmer** sofort zu vermieten. Hauptstraße Nr. 88, 2. Stod.

PHANKO
Neue ital. **Kartoffeln** pro Pfund 1.20 bei engros Preisermäßigung, empfehlen Pfannkuch u. Co.
Otto
Ein fast neuer **Kinderwagen** ist sofort zu verkaufen. Näheres in der Exped. ds. Blattes.

Schuhhaus Wilh. Treiber, Wildbad.
Wenn Du elegantes Schuhwerk haben willst — So denk nur an die überall bekannte Marke **MERCEDES**

Turn-Verein Wildbad.
Die Herren Sänger werden gebeten, zu einer heute Abend stattfindenden **Besprechung** die vom Verein im Besitz habenden **Bücher mitzubringen.** Der Vorstand.
Ein sehr gutes, gebrauchtes **Damenrad** fettenlos mit neuem Pneumatik hat preiswert zu verkaufen. Wer? — sagt die Exped. ds. Bl.

Landes-Kur-Theater Wildbad
Direktion Steng & Krauß.
Donnerstag, 17. Juni Die **Fledermaus** Operette in 3 Akten.
Freitag, 18. Juni **Frühlingsluft** Operette in 3 Akten.

G. Wohlmuth & Co.
Soulfang Strassburgerstraße 47 a
Wohlmuth's Heilapparate haben vielen **1000 den** die Erhaltung und Heilung von **Niess, Asthma, Bronchitis, Schnupfen, Krampfen u. Kinderkrankheiten** gebrauch. Versuchen Sie tollentlos **Prüfungsheft** bei untern **Allein-Vertreter** **Medicinal-Dr. Gertrude S. Grundner Nachf. Wildbad.**

